

## Globaler Islamismus?

Andreas Tunger-Zanetti

In einem Interview mit der «SonntagsZeitung» vom 24. Januar äussert sich die Politikwissenschaftlerin Elham Manea zum vorgeschlagenen Verhüllungsverbot. Elham Manea akzeptiert dabei zwei wichtige Befunde unseres [Buches Verhüllung. Die Burka-Debatte in der Schweiz](#):

- In der Schweiz verhüllen nur rund 30 Frauen das Gesicht.
- Diese Frauen tun dies aus freiem Willen.

Elham Manea erläutert auch, warum sie dennoch den Vorschlag eines Verhüllungsverbots unterstützt. Anknüpfend am von ihr zugestandenen freien Willen der westlichen Nikabträgerinnen, sagt sie:

*Der Normalfall sieht aber anders aus. Frauen aus muslimischen Ländern tragen die Vollverschleierung oft, weil sie fälschlicherweise glauben, es handle sich um ein religiöses Gebot. Oder weil dies die einzige Möglichkeit ist für sie, das Haus zu verlassen. Oft sind sie gezwungen, sie zu tragen. Soziale Kontrolle und patriarchalische Strukturen spielen hier eine grosse Rolle.*

Diese Aussage bekräftigt sie mit ihren Erfahrungen in «mehreren muslimischen Ländern», in denen sie gelebt und geforscht hat.

Hier möchte ich entgegnen: Das ist ja genau der Unterschied! Nikab ist nicht gleich Nikab. Im Bereich der Religion ist das soziale, gesellschaftliche, politische und diskursive Umfeld entscheidend dafür, wie jemand sich mit seiner eigenen Person zur Religion positioniert. Es ist nicht das Gleiche, ob man als Angehörige einer religiösen Minderheit in einem westeuropäischen demokratischen Rechtsstaat lebt oder als Angehörige der Mehrheitsreligion in einem autoritären Staat. So wie es nicht das Gleiche ist, ob die eigene Herkunftsfamilie Religion aktiv pflegte, distanziert gelten liess oder dezidiert ablehnte. Dies gilt übrigens nicht nur beim Islam. Verschiedenste [Forschungen am Religionswissenschaftlichen Seminar der Universität Luzern](#) zeigen, dass Religion in Diaspora- und Migrationskontexten ihre ganz eigenen Dynamiken aufweist. Aus diesen Gründen ist der Verweis auf die Verhältnisse in muslimischen Ländern Asiens und Afrikas für die Schweizer Abstimmung irrelevant.

Ob man die Situation in «den muslimischen Ländern» als «Normalfall» ansprechen soll, scheint mir fraglich. «Den» Normalfall gibt es in Religionsdingen ohnehin nicht. Zur Debatte steht jedenfalls der Vorschlag für ein Verhüllungsverbot in der Schweiz. Hier gibt Manea zu bedenken:

*Aber die Schweiz ist keine Insel. An gewissen Orten haben wir bereits Probleme mit dem politischen Islam, vor allem in der Romandie. Die Initiative wäre überflüssig, würden wir endlich die wichtigen Fragen*

*angehen: Wie gehen wir mit dem Religionsunterricht in Moscheen um, der eine verpolitisierte Form des Islam verbreitet? Wie kontrollieren wir die Ausbildung von Imamen? Wie unterbinden wir die Geldflüsse aus Golfstaaten und der Türkei an radikale Moscheen und Kulturzentren in der Schweiz? Um ehrlich zu sein, wäre mir eine Diskussion über diese wichtigen Themen lieber gewesen als diese Initiative.*

Manea bringt hier das, was der Diskurs in den letzten Monaten gerne unter dem Label «politischer Islam» subsumiert, aber selten differenziert, in einen lediglich indirekten Zusammenhang mit der Praxis des Nikabtragens in der Schweiz. Auch für sie haben offenbar die von ihr genannten «Probleme mit dem politischen Islam» nicht ursächlich mit der Gesichtsverhüllung zu tun, sondern sind eher Manifestationen desselben Phänomens «politischer Islam».

Festzuhalten ist hierzu, dass die wissenschaftliche Forschung in der Schweiz sich schon seit einigen Jahren mit den Fragen rund um die Ausbildung von Imamen und um religiösen Unterricht befasst. Es existieren sogar Weiterbildungsangebote, die von der Zielgruppe genutzt werden. Zweifellos gibt es Verbesserungspotenzial. Maneas Formulierung «bereits Probleme» suggeriert jedoch, dass eine Entwicklung zum Schlechteren stattfindet. Ich sehe diese Behauptung nicht durch wissenschaftliche Forschung gestützt und beurteile die Entwicklung aus genauer Kenntnis des Feldes im Gegenteil insgesamt positiv.

Bleiben als «Problem» die «Geldflüsse aus Golfstaaten und der Türkei an radikale Moscheen und Kulturzentren». Geldflüsse existieren, machen allerdings nur einen Bruchteil der vom organisierten Islam in der Schweiz verwendeten Mittel aus, und ob man die Empfängerinstitutionen pauschal als «radikal» qualifizieren kann, wäre jeweils am Einzelfall zu diskutieren. Stimmen in der Debatte führen in diesem Zusammenhang gerne das Buch «Qatar Papers» der französischen Journalisten Christian Chesnot und Georges Malbrunot an. Demnach kamen im Jahr 2014 aus der Qatar Charity Foundation 3,7 Mio. Euro an fünf Projekte in der Schweiz, darunter das Islam-Museum in La Chaux-de-Fonds. Chesnot und Malbrunot zeigen auch, wie rasch sich in diesem Feld die Verhältnisse allein schon zwischen 2014 und 2017, als ihr Buch erschien, verändert haben. Strukturell bedeutender für die Schweiz ist die Rolle der türkischen Religionsbehörde. Dennoch: Die Vorstellung, wonach die Mehrheit der rund 270 Schweizer Moscheen oder eine Aktivistenorganisation wie der Islamische Zentralrat Schweiz von üppigen Mitteln des Emirs von Qatar gespiesen oder vom türkischen Präsidenten gelenkt würden, geht an der Realität vorbei. Ich stimme mit Manea darin überein, dass dieser Bereich diskutierenswerter ist als ein Verhüllungsverbot.

Zuletzt sei das Stichwort «Symbolpolitik» angesprochen. Manea sagt:

*Natürlich handelt es sich um Symbolpolitik. Aber um ein wichtiges Symbol. Die Schweiz muss gegenüber dem Islamismus eine klare Haltung einnehmen.*

*[Interviewer:] Das Verhüllungsverbot als Signal gegen den Extremismus?*

*[Manea:] Genau. Der Nikab steht für eine Ideologie, die ungestraft Frauenrechte verletzt. Gemäss deren fundamentalistischer Interpretation des Islam ist die Frau auf ewig unmündig und braucht einen männlichen*

*Vormund. Der Mann darf seine Frau schlagen, wenn sie ihm nicht gehorcht. Kinderehe ist erlaubt, oft ab dem Alter von neun Jahren. Und es handelt sich um eine Ideologie, die besagt, dass Sklaverei kein Problem sei.*

Ich finde diese Aussagen nicht schlüssig. Was wofür ein Symbol ist, ist eine Frage der Zuschreibung und des gesellschaftlichen Kontextes. Diese Bedeutung ist nirgends in Stein gemeisselt. Was für die eine Person ein Inbegriff von Unterdrückung ist, ist für eine andere Ausdruck ihrer persönlichen Wahl und für eine dritte neutral oder bedeutungslos. In konkreten, sehr spezifischen Kontexten ausserhalb der Schweiz würde wahrscheinlich auch ich der Aussage zustimmen, dass der Nikab einer bestimmten Frau Ausdruck mächtiger islamistischer Strukturen in ihrem Umfeld ist. Für die Schweiz bestreite ich dies. Erst recht ist keine homogene Ideologie auszumachen, die überall dasselbe besagt. Hierzulande dürfte sich keine Nikabträgerin finden lassen, die das Schlagen der Ehefrau, die Kinderehe oder die Sklaverei befürwortet. Wenn in der Schweiz da und dort islamistische Versatzstücke anzutreffen sind, so ist es eben keine homogene Ideologie und erst recht nicht Indiz für eine einheitliche, organisierte Bewegung.

Wenn sich also Gegenstände und Praktiken so verschieden deuten lassen, ist Politik damit zweischneidig. Ohnehin scheint mir zweifelhaft, dass sich jene Akteure, denen Manea gerne ein Signal senden würde, davon beeindruckt lassen. Eher freuen sie sich darüber, dass ein Verbot des von ihnen positiv bewerteten <Symbols> in ihren Augen einmal mehr beweist, dass <der Westen> etwas gegen <den Islam> hat, als dessen Sachwalter sie sich sehen und profilieren wollen. Soll man ihnen dazu den Steigbügel halten?

Fazit: Die Rede vom global gefährlichen «Islamismus» verkennt Grundlegendes: Religiöse Vorstellungen und Praktiken sind viel stärker vom lokalen und höchst dynamischen gesellschaftlichen und politischen Umfeld als von transnational kursierenden Ideologemen geprägt. Hier *nicht* zu differenzieren, verbaut Optionen des angemessenen Umgangs mit den Phänomenen.